

Offizieller Arbeitsbesuch von Bundesrat René Felber in Rom am 31.8.1990

1. Form und Stellenwert des Besuches

Es handelte sich um den ersten Besuch eines Departementschefs des EDA in Rom seit 1984 und um das erste Treffen zwischen Bundesrat Felber (BRF) und dem italienischen Aussenminister, Gianni de Michelis (DeM), gemäss der Formel, die sie anlässlich des Besuches des Präsidenten des italienischen Ministerrates am vergangenen 14./15. Mai in Bern festlegten: nämlich regelmässige, kurzfristig vereinbarte und informelle Arbeitstreffen zur Pflege eines konzentrierten Meinungsaustausches über Fragen von besonderer Dringlichkeit und Aktualität.

Schwerpunkte der Gespräche zwischen BRF und DeM in der Villa Madama in Rom waren die Krise in Persischen Golf, die Verhandlungen zwischen der EG und den EFTA-Staaten zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes und die Entwicklung neuer Formen der europäischen Zusammenarbeit.

2. Golfkrise

DeM nahm die Darlegung des politischen Umfeldes des schweizerischen Sanktionsbeschlusses durch BRF und dessen Unterscheidung zwischen dynamischer Neutralitätspolitik einerseits und unverändert gültigem Neutralitätsrecht andererseits mit Interesse zur Kenntnis. Der schweizerische Schritt stelle einen wichtigen Beitrag dazu dar, den Irak zu einer politischen Lösung zu bewegen; er sei in der EG sehr positiv aufgenommen worden.

Es gelte nun, alles zu unternehmen, um eine solche politische Lösung auf der Grundlage der Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates herbeizuführen. Eine militärische Intervention der USA im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen hätte, um nur ein Element hervorzuheben, unabsehbare Auswirkungen auf die Bevöl-

kerungen in der arabischen Welt und die Stabilität in dieser Region, auch wenn es gelingen sollte, alle arabischen Regierungen zu einer ausdrücklichen Anerkennung der rechtlichen Lage, wie sie in den Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates niedergelegt ist, zu bewegen.

Der aussichtsreichste Weg, eine kriegerische Ausweitung des Konfliktes zu vermeiden, führt gemäss DeM über die vollständige politische und wirtschaftliche Isolierung des Irak. Es könnte sich als nötig erweisen, neben dem See- und dem Landweg auch noch die Luftverbindungen völlig zu unterbinden. Vermutlich müssten auch die Medien einbezogen werden, sei es doch äusserst fragwürdig, dass dem Herrn Saddam Hussain in unserem Fernsehen die Gelegenheit zur propagandistischen Selbstdarstellung geboten werde.

DeM sieht die gemeinsamen Anstrengungen zu einem noch effizienteren Boykott des Irak auch als Element zur Minimierung von innereuropäischen und europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten (Sichwort : "burden sharing") und zur Verhinderung eines möglichen Konfliktes zwischen der arabischen Welt und Europa. Konkret bedeutet dies für Europa die Bereitschaft zu zusätzlicher wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe für jene Staaten, die durch die Auswirkungen der Sanktionen gegen den Irak besonders in Mitleidenschaft gezogen werden. Er denkt dabei, neben Jordanien und Aegypten, an die Türkei und Tunesien, aber auch an Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Diese zusätzliche Unterstützung würde, nachdem eine finanzielle Beteiligung an den Kosten der amerikanischen militärischen Expedition nicht in Frage kommt, den europäischen Beitrag, das europäische "burden sharing", darstellen.

Die Tagung des Rates der EG-Finanzminister nächste Woche in Rom werde deshalb als Anlass genommen, um auch den EG-Rat der Aussenminister zur Behandlung der Frage dieser zusätzlichen EG-Wirtschaftshilfe einzuberufen.

Die EFTA-Staaten seien unmittelbar zur Mitwirkung aufgerufen. Mittel- und längerfristig werde sich auch die UdSSR ihrer Ver-

antwortung nicht entziehen können.

DeM unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass es nicht nur um die für unsere Volkswirtschaften lebenswichtigen Erdöllieferungen gehe, sondern dass von der Stabilität der von der Krise betroffenen Region auch die Sicherheit Europas abhängt.

Italien werde die Gelegenheit des kommenden KSZE-Treffens in Palma de Mallorca über Fragen des Mittelmeerraumes benutzen, um den Vorschlag einer Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM) nach dem Muster der KSZE formell einzubringen.

BRF erinnerte daran, dass für die Schweiz gemäss Neutralitätsrecht eine wie auch immer geartete Teilnahme an militärischen Aktionen (wie etwa ein finanzieller Beitrag an die Kosten der amerikanischen Interventionsstreitmacht) nicht in Frage kommen kann. Die Schweiz könnte deshalb auf jeden Fall nur wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen wie jene der EG ins Auge fassen.

Auf die Rolle des IKRK in der Golfkrise und die Kritik namentlich der britischen Premierministerin angesprochen, verwies BRF auf die bevorstehende Reise des IKRK-Präsidenten nach Bagdad und erinnerte an die vielfältige Beanspruchung des IKRK, darunter auch seine Rolle beim Austausch der irakischen und iranischen Kriegsgefangenen.

3. EWR-Verhandlungen

AM G. de Michelis (M) hält es für sehr wichtig, dass der Rahmen des EWR-Vertrages (EWRV) vor dem Beginn der EG-Konferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion einerseits, die politische Union andererseits festgelegt wird. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten teilten diese Auffassung. Einzelheiten können, wenn nötig, noch in den ersten Monaten des nächsten Jahres ausgehandelt werden. Die Aussichten für einen guten Kompromis noch in diesem Jahr seien besser als nächstes Jahr. Die Hal-

tung der EG-Kommission könne sich in den nächsten Jahren nur weiter verhärten, die EG werden zudem im nächsten Jahr noch stärker mit dem Ausbau der Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten beschäftigt sein. M möchte aus diesen Gründen an einer Ministerkonferenz der 19 am 4. Dezember einen politischen Durchbruch erzielen.

Er schlug vor, dass ein Vertreter Italiens und der Schweiz neben den weiterlaufenden formellen Verhandlungen im informellen Gespräche im September und Oktober verschiedene möglichen Szenarien durchbesprechen und die Elemente möglicher Kompromissformeln zusammentragen. Auf dieser Grundlage wolle er dann auf politischer Ebene die Angelegenheit mit der schweizerischen EFTA-Präsidentschaft und dem Kommissionspräsidenten besprechen.

BR R. Felber unterstrich den schweizerischen Wunsch nach einem umfassenden EWRV, der auch der Zusammenarbeit bei den flankierenden Politiken den angemessenen Platz einräumt. Ein solcher EWRV stellt für die Schweiz einen sehr wichtigen Integrations-schritt dar, wobei der spätere EG-Beitritt nicht ausgeschlossen wird. Kommt nur ein sehr bruchstückhaftes Abkommen zustande, droht der Vorwurf, der Abschluss eines solchen EWRV lohne sich gar nicht. Die Regierung wird überzeugend darzulegen haben, weshalb sie den Weg über den EWRV gewählt und nicht direkt den EG-Beitritt angestrebt hat. BR Felber betonte auch, dass der Verhandlungserfolg von einer befriedigenden Lösung der rechtlich-institutionellen Fragen abhängen wird. Die Schweiz ist zu den angeregten informellen Gesprächen bereit, die der Vorbereitung eines Durchbruchs auf politischer Ebene noch in diesem Jahre dienen sollen. Ziel bleibt aber der Abschluss eines guten EWRV und nicht eines EWRV in Rekordzeit. Er wies AM de Michelis schliesslich darauf hin, dass am 4. Dezember die GATT-Ministerkonferenz stattfindet.

4. Regionale Zusammenarbeit

DeM sieht die Assoziierung zwischen Italien, Oesterreich, Ungarn, der CSFR und Jugoslawien, die sogenannte Pentagonale, als ein, wie er feststellte, schon funktionierendes Beispiel für eine neue Form der pragmatischen und projektbezogenen Zusammenarbeit innerhalb einer Region, wie sie sich auch im Baltikum, auf dem Balkan oder um das Becken des Schwarzen Meeres herum abzeichnet.

An der Jahrestagung der fünf Pentagonale-Regierungschefs in Venedig am vergangenen 1. August wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, bei dessen Verwirklichung in Einzelbereichen die Mitwirkung anderer Staaten willkommen wäre.

Nicht vorgesehen ist jedoch, wenigstens vorläufig, die Ausweitung der Pentagonale als solche durch die Aufnahme neuer Staaten.

BRF erklärte sich bereit, eine schweizerische Mitwirkung an spezifischen Pentagonale-Projekten in einem positiven Geiste zu prüfen. Die italienische Präsidentschaft wird der Schweiz das in Venedig beschlossene Aktionsprogramm mit einer Liste der Einzelprojekte in aller Form zustellen.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Berne, le 5 septembre 1990

Note d'information

Au Conseil fédéral

Ma visite officielle de travail, le 31 août 1990 à Rome

J'ai eu lors de cette visite des entretiens avec le Ministre des Affaires étrangères de la République italienne, M. Gianni de Michelis. Vous en trouverez le compte-rendu à l'annexe.

DEPARTEMENT FEDERAL DES
AFFAIRES ETRANGERES

René Felber

Annexe mentionnée